

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppcn d

Inhalt

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zur Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte vor zehn Jahren in Helsinki: Sicherheit nur miteinander.

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB, Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, zur TA Luft: Keine Hilfe für den Wald.

Seite 3

Gerhard Glogowski MdL, Stellvertretender Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Niedersachsen, zum 75. Geburtstag des ehemaligen AWO-Vorsitzenden und niedersächsischen Sozialministers Kurt Partzsch: Den Menschen geholfen.

Seite 4

40. Jahrgang / 140 / 26. Juli 1985

Sicherheit gibt es nur miteinander

Zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

KSZE ist ein Begriff der Politik, der eng mit dem Prozeß der Entspannung verbunden ist. Die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte war somit ein wichtiger Schritt im Bemühen um Entspannung in Europa im Januar 1968 erläuterte ich als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland in einem Interview die wichtigsten Ziele unserer Ost- und Entspannungspolitik:

- Dialog mit der Sowjetunion,
- Ausgleich mit allen direkten und indirekten Nachbarstaaten im Osten und
- Entkrampfung des Verhältnisses zum anderen Teil Deutschlands.

Diese Ziele konnten wir erst mit der sozialliberalen Koalition völkerrechtlich verbindlich zu Bausteinen einer europäischen Friedensordnung machen: durch den Moskauer Vertrag, den Warschauer Vertrag und den Grundlagenvertrag mit der DDR, in Verbindung mit dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin. Verglichen mit dem Ergebnis dieser Verträge erscheinen mir die 1968 genannten Ziele heute vergleichsweise bescheiden.

Diese Verträge waren eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der KSZE in Helsinki.

Zehn Jahre KSZE veranlassen uns, kritisch zu bilanzieren. Manche unserer amerikanischen Freunde ziehen aus den Schwierigkeiten bei der Realisierung der KSZE-Schlußakte den falschen Schluß, das Grundkonzept der Entspannung in Europa in Frage zu stellen. Sie halten die Entspannung in Europa für gescheitert, weil es Spannungen in anderen Teilen der Welt gibt. Eine wichtige historische Erkenntnis gibt es indes: Die Entspannung zwischen Ost und West, Anfang der 70er Jahre half mit, den Vietnamkrieg zu beenden. Die Ergebnisse der Entspannung

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressahauss 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mü. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreiswägen-Übersatz
aus dem alten Rohmaterial
Kreuzung-Papier



in Europa trugen Anfang der 80er Jahre dazu bei, eine neue Konfrontation zwischen den Supermächten zu mindern und eine Neuauflage des Kalten Krieges zu vermeiden.

1968 schrieb ich über die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten: „Die Entspannung in Europa muß unserer Überzeugung nach die Entspannung in Deutschland einschließen.“

Zehn Jahre nach der KSZE-Schlußakte haben wir eine Selbstverpflichtung der beiden deutschen Staaten für Entspannung und Abrüstung erreicht, die heutzutage unangefochten eine besondere Verantwortung beider deutscher Staaten für den Frieden in Europa zur Folge hat: Die Entspannung in Deutschland trägt zur Entspannung in Europa, zwischen Ost und West generell, bei. Bestes Beispiel ist die jüngste Einigung einer Arbeitsgruppe von Parlamentariern der SPD und Vertretern der SED auf einen gemeinsamen Vertragsentwurf für eine eindeutig überprüfbare chemiewaffenfreie Zone in Europa. Was vor zehn Jahren noch als Aufweichungsmanöver des Sozialdemokratismus beschimpft worden wäre, ist heute Realität in der Verantwortung beider deutscher Staaten für den Frieden.

Neben dieser Verantwortung zweier bündnisgebundener Staaten möchte ich das historische Verdienst der neutralen und blockfreien Staaten wie Finnland, Österreich, Schweden, Jugoslawien und Schweiz für die Entwicklung des Entspannungsprozesses der KSZE hervorheben.

Dennoch gibt es auch Lehren aus den Fehlern der KSZE: Es war ein Fehler der Politik, die drei „Körbe“ von Helsinki (Wirtschaft, Sicherheit, Menschenrechte) gegeneinander auszuspielen und ihren unauflösbaren Zusammenhang zu einem Tauziehen um Siege im Kampf der Diplomaten umzufunktionieren.

Nach den zehn Jahren, die seit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte vergangen sind, müssen wir gelernt haben, daß die drei „Körbe“ zusammengehören. Wir müssen endlich lernen, daß der Fortgang des Wettrüstens die Lage destabilisiert und die KSZE-Schlußakte unterminiert. Wir mußten lernen, daß Sicherheit in Europa nur miteinander, und nicht durch Rüstung gegeneinander garantiert werden kann. Und wir mußten lernen, daß die Europäer aufgefordert sind, eigenständige Verantwortung für die Gestaltung des friedlichen Zusammenlebens auf dem Kontinent zu tragen. Dabei heißt unser Engagement für gemeinsame Sicherheit und Sicherheitspartnerschaft, die Europäisierung friedenspolitischer Initiativen stets unter Einbeziehung aller KSZE-Staaten, das heißt einschließlich der Supermächte, zu planen. Die beiden deutschen Staaten haben aufgrund ihrer bündnispolitischen und geostrategischen Situation hierfür eine besondere Verantwortung.

(-/26.7.1985/vo/rs)

+ + +

()



TA Luft verdünnt?

Keine Hilfe für den Wald

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Ein kompliziertes, über 100 Seiten starkes Regelwerk wie die Technische Anleitung Luft (TA Luft) ist auf den ersten Blick schwierig zu beurteilen. Daher hat es der Bundesinnenminister vergleichsweise leicht, die neue Fassung als „weltweit ohne Beispiel“ zu preisen, indem er nur die Vorzüge in Form der vorgenommenen Verschärfungen herausstreicht.

Daß Verschärfungen der bisher zulässigen Grenzwerte erfolgten, ist in der Tat zu begrüßen, so zum Beispiel bei dem krebserregenden Benzol (Herabsetzung des Grenzwertes von 20 auf fünf mg), bei Cadmium, Quecksilber und SO₂-Emissionen.

Nur: Wesentliche grundsätzliche Einwände gegen die Novellierung hat die Bundesregierung bei der TA Luft III genauso wenig berücksichtigt wie bei dem 1983 verabschiedeten Teil II oder bei der Großfeuerungsanlagenverordnung. Dabei geht es hauptsächlich um folgende Punkte:

1. Der gedankliche Ansatz, bei den Emissionen jeweils die zulässige Konzentration der Schadstoffe pro Kubikmeter Abluft festzulegen, ist im Prinzip falsch, weil er bei vielen Verfahren unterlaufen werden kann. Durch entsprechende Zufuhr von Frischluft wird die schadstoffbelastete Abluft einfach so weit verdünnt, daß die vorgeschriebene Konzentration nicht überschritten wird. Deshalb müßte statt dessen die Gesamtemissionsmenge begrenzt werden.
2. Durch Aufstellung von Stufenplänen muß die Verminderung der zulässigen Emissionsmengen dynamisch fortgeschrieben werden. Damit würde auch ein Anreiz entstehen, die Entwicklung der Technik in Richtung auf umweltfreundliche, das heißt emissionsärmere Innovationen voranzutreiben.
3. Diese Tendenz würde unterstützt durch die Einführung einer Schadstoffabgabe, die ebenfalls an der Gesamtemissionsmenge zu orientieren wäre. In Japan hat dieses Instrument zu einer raschen SO₂-Reduktion geführt, da mit der Emissionsmenge gleichzeitig die Abgabenlast verringert wird.
4. Die Kombinationswirkung der Schadstoffe untereinander bleibt nach wie vor unberücksichtigt, weil nur Toleranzwerte für Einzelstoffe festgelegt werden.

Dem Wald wird die neue TA Luft nicht helfen. Der erwartete Rückgang von 100.000 Tonnen Stickoxyd pro Jahr ist nichts als ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts einer Gesamtbelastung von drei Millionen Tonnen. Solange die Bundesregierung nicht massiver da ansetzt, wo die Hauptmasse dieser Schadstoffe entsteht, nämlich beim Autoverkehr, stirbt der Wald in rapidem Tempo weiter. Die Schlappe von Luxemburg läßt sich mit der TA Luft nicht reparieren. Vor Illusionen sei gewarnt.

Wie schlimm es inzwischen in den Wäldern bestellt ist, mußte der Bundesinnenminister am gleichen Tag zugeben. Der Bericht seines Hauses zeigt insbesondere ein überproportionales Ansteigen der Schäden bei den Laubbäumen, bei Buche und Eiche. Auch der Boden ist zunehmend vergiftet und die Standfestigkeit der Bäume bedroht. Trotzdem beharrt diese Regierung weiter auf ihrem unsinnigen „Großversuch“, statt wenigstens sofort ein Tempolimit einzuführen. Wie lange noch? (-/26.7.1985/va/rs)

+ + +



Den Menschen geholfen

**Kurt Partzsch, dem früheren Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt und
niedersächsischen Sozialminister, zum 75. Geburtstag**

**Von Gerhard Glogowski MdL
Stellvertretender Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Niedersachsen**

Kontinuität ist das prägende Merkmal des Mannes, der heute seinen 75. Geburtstag feiert. 75 Jahre alt, davon 60 Jahre in der SPD. Das Elternhaus hat ihn geprägt. Sein Vater war in der Arbeiterbewegung aktiv und Mitglied der Nationalversammlung in der ersten deutschen Demokratie.

Die zweite deutsche Demokratie hat Kurt Partzsch von Niedersachsen aus mitgestaltet. Als 1945 in Niedersachsen die SPD wieder aufgebaut wurde, war er dabei. Seit 1954 war er an der Spitze des SPD-Bezirks Hannover stellvertretender Vorsitzender, 16 Jahre lang bis 1970. Von 1951 bis 1970 vertrat er seinen hannoverschen Wahlkreis im Landtag und war dort unter anderem Vorsitzender des Sozialausschusses, bevor er 1961 von dem neugewählten Ministerpräsidenten und bisherigen Sozialminister Dr. Georg Diederichs zum neuen Sozialminister berufen wurde. Nach den sozialdemokratischen Sozialministern Heinrich Albertz und Georg Diederichs prägte Kurt Partzsch in 13jähriger Tätigkeit das Bild des sozialen Niedersachsens.

Und da hat er kräftige Spuren hinterlassen, zuletzt auch als stellvertretender Ministerpräsident. In seiner ersten Haushaltsrede als Minister hat er als Schwerpunkte seiner Arbeit neben der „Hygiene des Dorfes“ und seiner sozialen und kulturellen Förderung - in dieser Zeit wurde eine Reihe von Dorfgemeinschaftshäusern mit Hilfe des Landes errichtet - besonders die Entwicklung des Gesundheitswesens und die Hilfe für alte Menschen in den Vordergrund gerückt. Eine soziale Politik für alte Menschen und für diejenigen Mitbürger, die ihr Leben nicht oder nicht mehr aus eigener Kraft gestalten können, lag ihm immer am Herzen und ist bis heute seine Lebensaufgabe.

Mehrere nach ihm benannte Altenwohnheime sind der Dank für seinen Einsatz. In seiner Zeit als Sozialminister wurde der Bereich der Altenförderung, der Altenwohnheime und der Pflegeplätze ausgebaut. Durch die Förderung der Hauspflegestationen, von denen es Ende 1973 circa 100 gab und denen später das werbeträchtige Etikett Sozialstation umgehängt wurde, waren gleichzeitig die Voraussetzungen für die Verbesserung der ambulanten Dienste gelegt worden.

Wie wichtig ihm die Arbeit der freien Wohlfahrtsverbände war, zeigt das Engagement von Kurt Partzsch in der Arbeiterwohlfahrt. Bezirksvorsitzender, Landesvorsitzender, Bundesvorsitzender sind die Stationen, und hier hat er sein ganzes Gewicht eingesetzt, um Menschen auf diesem Weg ebenso wie als Landesminister helfen zu können.

Die nächste sozialdemokratische Landesregierung wird ab 1986 weiterarbeiten an der Schaffung eines sozialen Niedersachsens. Wir werden die Grundlagen, die Kurt Partzsch gelegt hat, fortentwickeln und zu der guten Partnerschaft zwischen dem Land und allen, die sich sozialpolitisch engagieren, zurückkehren.

(-/26.7.1985/vo-he/rs)

+ + +

